



**Dr. Malte Kaufmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

# WEITBLICK

Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und  
aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 16 Quartal 2/2024



**Alternative  
für  
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



## VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

in knapp 12 Monaten jährt sich zum 80. Mal das Ende des 2. Weltkrieges. In der Betroffenheit der damaligen Zeit waren sich die Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland ihrer „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ bewusst. Beseelt von dem Willen, „dem Frieden der Welt zu dienen“, formulierten sie das Grundgesetz und brachten sich in vielen Bereichen der Gesellschaft ein.

Rund 80 Jahre später ist wenig davon übrig. Die Stimmung auf den Straßen und die politischen Verwerfungen erinnern geschichtsbewusste Menschen an die Unruhen der Weimarer Republik. Glaubt man dem Mainstream und anderen Medien, so sehen sich fast alle in der Nachfolge der Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich und unterstellen dem unliebsamen politischen Gegner mehr oder weniger direkt, die Nachfahren desselbigen zu sein.

Das nimmt bisweilen kuriose Züge an. Mit einem „dringenden Appell“ rufen u.a. die Nachfahren Dietrich Bonhoeffers „zum Schutz der Demokratie“ auf. Nun ist allerdings bekannt, dass Bonhoeffer verlobt war, aber keine eigenen Kinder hatte. Für manche heiligt der Zweck die Mittel. Mancher neigt dazu, die Wahrheit ein wenig zu „korrigieren“.

Wenn es darum geht, mit unlauteren Mitteln zu arbeiten oder die Wahrheit ein wenig zu verdrehen, dann sage ich mit dem gleichnamigen Titel von Joachim Fest sehr deutlich: „Ich nicht.“ Als Bundestagsabgeordneter und Christ weiß ich, dass zu dem Motto „Mut zur Wahrheit!“ auch das Aushalten unangenehmer Tatsachen gehört. Dazu stehe ich.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, vor Ort bei den Menschen zu sein und immer ein offenes Ohr zu haben. Deshalb stelle ich mich dem Gespräch und den Diskussionen in Bürgerdialogen, persönlichen Gesprächen und natürlich in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Berlin.

Aus Überzeugung unterstütze ich die friedlichen Proteste unserer Landwirte gegen Steuerbelastungen und Bürokratie und verurteile Ausschreitungen der Polizei gegen friedliche Proteste.

In diesem Magazin erhalten Sie einen Einblick in meine aktuellen Reden im Deutschen Bundestag und viele Begegnungen der vergangenen Wochen und Monate.

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Da braucht es ein klares Fundament. Matthias Claudius hat einmal formuliert: „Etwas Festes muss der Mensch haben, daran er zu Anker liege, etwas, das nicht von ihm abhängt, sondern davon er abhängt. Der Anker muss das Schiff halten, denn wenn das Schiff den Anker schleppt, so wird der Kurs misslich und das Unglück ist nicht weit.“ Diesen festen Halt und einen daraus möglichen Weit- und Durchblick wünsche ich Ihnen von Herzen.

Ich grüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen  
viel Freude beim Lesen, Ihr

Dr. Malte Kaufmann

Mitglied des Bundestages

Stv. wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

## IN DIESER AUSGABE

Vorwort .....	Seite 2
Eröffnung des Bürgerbüros in Heidelberg .....	Seite 3
Im Gespräch mit den Bürgern .....	Seite 4
Der Dual-Fluid-Reaktor .....	Seite 7
Wir stehen an der Seite unserer Bauern .....	Seite 8
Haushaltssperre – der verfassungswidrige Haushalt .....	Seite 10
Bürokratieabbau: Wunsch und Wirklichkeit .....	Seite 11
Plenarwochen: Reden im Bundestag .....	Seite 12
LPB-Besuch in Berlin .....	Seite 15
Corona-Symposium .....	Seite 16
Die Letzte Generation .....	Seite 18
Mitarbeiterklausur .....	Seite 19

# ENDLICH! EIN BÜRGERBÜRO IN HEIDELBERG



Freunde und Weggefährten bei der Büroeröffnung im Regus-Gebäude in Heidelberg.

Er hatte geladen und sie waren gekommen. Mehr als 50 Freunde, Weggefährten und Mitstreiter waren vor Ort, als Dr. Malte Kaufmann sein Wahlkreisbüro in Heidelberg eröffnete: Bundestagskollegen, Landtagsvertreter, die Heidelberger Stadträte der AfD-Fraktion und viele mehr. Sie alle wollten dabei sein bei diesem fröhlichen Anlaß.

Nach der Eröffnung des Abends durch Malte Kaufmann und Grußworten von Marc Bernhard MdB und dem Heidelberger Stadtrat Sven Geschinski wurde auf eine erfolgreiche Zukunft und auf das für die AfD und ihre Mandatsträger sicher spannende Jahr 2024 angestoßen.



Die Familie des Gastgebers und sein Team verwöhnten die Gäste mit herhaftem Chili con sin Carne, Kuchen sowie anderen Leckereien.

„Nach jahrelanger intensiver Suche konnten wir am 11. Januar endlich unser Wahlkreisbüro in Heidelberg eröffnen. Möge sich unser neues Büro zu einer festen Adresse für AfD-interessierte Bürger aus der ganzen Region entwickeln“, so brachte Malte Kaufmann es auf den Punkt.

Das Büro eines Abgeordneten mit der Möglichkeit für Gespräche und die Präsenz vor Ort sind immer auch ein Statement für Freiheit, Bürgernähe und Demokratie – gerade dann, wenn es wie in Heidelberg im Vorfeld Widerstand der antidemokratischen Kräfte der Stadt gab.

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ und „nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise, mag lähmender Gewöhnung sich entaffen“, so könnte man mit Hermann Hesse sprechen. Die Wahlkreisbüroeröffnung in Heidelberg ist ein Beispiel dafür. Es soll zu einem Ort werden, den Menschen gerne aufsuchen, um gestärkt zurück zu gehen in ihren Alltag.





## IM GESPRÄCH MIT DEN BÜRGERN: INFOSTÄNDE, SPRECHSTUNDEN, BÜRGERDIALOGE ...



Schorndorf am 24. Januar: Erster großer Bürgerdialog der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Bundestagsfraktion im Jahr 2024.

Mehr als 400 Bürger waren der Einladung zum Neujahrsempfang der AfD-Landesgruppe nach Schorndorf gefolgt. Eingeladen hatten die Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg. Gemeinsam waren sie als Redner vor Ort. Gemeinsam standen sie den Gästen Rede und Antwort.

Als Mitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung berichtete Dr. Malte Kaufmann von Gesprächen mit Unternehmern und den häufigsten Themen dieser Gespräche. Das sind zum einen die deutsche Bildungsmisere und der damit zusammenhängende Fachkräftemangel sowie der zunehmende Verlust des Vertrauens in den Rechtsstaat als auch die anhaltende Energiekrise und die überbordende Bürokratie, mit denen Unternehmer zu kämpfen haben.

Kaufmann berichtete von seiner Arbeit im Bundestag. „Was die Parteien da machen, das ist genau das Antidemokratische, das sie uns immer vorwerfen“, sagte Kaufmann zu der Tatsache, dass auch der 15. Kandidat der AfD nicht als Vizepräsident des Deutschen Bundestages gewählt worden war, ein Amt, das der AfD bereits seit 2017 zusteht.

Kämpferisch zeigte er sich, als er das Neujahrsfest in Heidelberg erwähnte. Dort hatte die linksextreme Antifa eine Situation eskaliert, was die Einsatzleiterin der Polizei dazu veranlasste, Kaufmann um den Abbau des genehmigten Infostandes zu bitten, um das Ganze zu „befrieden“. Er hatte dort entgegnet:



Am Rande der Bürgerdialoge gibt es immer auch viel Zeit für Gespräche mit Bürgern und Interessierten.

„Wir denken im Traum nicht daran. Wir werden niemals weichen. Wir werden bis zur letzten Sekunde hier unseren Stand aufrechterhalten. Und darauf können sie zählen: Wir lassen uns von all dem nicht beeindrucken.“

An die Zuhörer richtete er den Appell: „Lassen Sie uns auch die christlichen Werte in unserem Land hochhalten. Mit Geschlossenheit, mit Geduld, mit Ausdauer werden wir dieses Land wieder auf die Beine stellen und umkrepeln und wieder erfolgreich machen.“

Einige der Bundestagsabgeordneten kommentierten den Neujahrsempfang in den sozialen Netzwerken:



*„Ein voller Saal und im Anschluss viele gute Gespräche mit klugen und interessierten Menschen, die eine Politikwende zurück zur Vernunft und zum gesunden Menschenverstand herbeisehnen.“*

Marc Bernhard MdB  
Wahlkreis Karlsruhe-Stadt



*„Die Bundestagsabgeordneten gaben mit ihren Reden einen Ausblick, wie wir dieses Land gemeinsam wieder auf den richtigen Weg bringen können und müssen.“*

Dr. Christina Baum MdB  
Wahlkreis Odenwald Tauber



*„Danke für die großartige Unterstützung und die vielen Anregungen im persönlichen Gespräch. Wir Abgeordnete gingen gestärkt aus der Veranstaltung.“*

Dr. Malte Kaufmann MdB  
Wahlkreis Heidelberg-Weinheim

In diesem Sinne setzte sich die Öffentlichkeitsarbeit von Malte Kaufmann in den ersten Monaten des Jahres 2024 fort:

Am 25. Januar mit einer Bürgersprechstunde zusammen mit seinen beiden Stadtratskollegen Timothy Bartesch und Sven Geschinski im neuen Wahlkreisbüro in Heidelberg und am 27. Februar mit einer Bürgersprechstunde in derselben Besetzung

im alten Rathaus Rohrbach. An diesem Abend konnten viele Zuhörer Malte Kaufmann wieder zusammen mit Marc Bernhard im Palais Hirsch in Schwetzingen sehen.



*Mit dem Fraktionsmobil im Einsatz am Infostand.*

Es folgten Infostände mit dem auffälligen AfD-Mobil der Bundestagsfraktion am 23. März in Schriesheim und Schwetzingen sowie ein gut besuchter Bürgerdialog zusammen mit den Bundestagskollegen Peter Boehringer und Jürgen Braun sowie dem Landtagsabgeordneten Ruben Rupp im Heidelberger Pfaffengrund.



*Peter Boehringer war der Hauptredner beim Bürgerdialog am 25. März im Pfaffengrund mit etwa 150 Zuhörern.*

Der haushaltspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion war der Hauptredner des Abends. Boehringer referierte über das Haushaltsskandal der Ampel sowie Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie. Außerdem machte er politisch motivierte Verfahren gegen unsere AfD zum Thema und die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes, der offenbar eine unbedeckte Opposition aus dem Weg räumen soll.



# Dr. Malte Kaufmann

Mitglied des Deutschen Bundestages



In der Badnerlandhalle in Karlsruhe kamen dann am Abend des 13. April etwa 800 Zuhörer zu dem Frühlings-Bürgerdialog der Landesgruppe. Neben der Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel sprachen die AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Bernhard, Jürgen Braun, Markus Frohnmaier, Martin Hess, Dr. Marc Jongen und Dr. Malte Kaufmann über aktuelle bundespolitische Entwicklungen wie den Bundeshaushalt, die Energiepolitik sowie die Aussichten für Deutschland und die deutschen Beziehungen zu den Ländern der Welt.



Die Aufzeichnung des gesamten Abends können Sie über diesen QR-Code nachhören (Rede Kaufmann ab 1:01:00).

Sofort am nächsten Tag, am Sonntag, 14. April, begrüßte Dr. Malte Kaufmann über 40 Teilnehmer der Informationsfahrt des Bundespresseamtes (BPA) am Bahnhof Heidelberg zum Antritt ihrer Reise nach Berlin. Dort wartete ein dreitägiges Programm auf sie mit einem Besuch der Landesvertretung, Besichtigung des Plenarsaals, einer Stadtrundfahrt, Ausstellungsbesuchen und Gesprächen mit Abgeordneten.

Dieses Angebot des Deutschen Bundestages nehmen jährlich etwa 100.000 Interessierte aus ganz Deutschland wahr, die sich auf zahlreiche Gruppen aus den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten aufteilen.



## NEWSLETTER:

Alle Infos zu Bürgerdialogen, Sprechstunden, öffentlichen Auftritten sowie die Termine für BPA-Fahrten und weitere Infos über die politische Arbeit des Abgeordneten in Berlin und im Wahlkreis Heidelberg erhalten Sie über den Newsletter von Dr. Malte Kaufmann. Auf den Verteiler können Sie sich einfach setzen lassen, indem Sie eine E-Mail schreiben an: [malte.kaufmann@bundestag.de](mailto:malte.kaufmann@bundestag.de). Natürlich ist der Newsletter jederzeit kündbar. Eine Verwendung der Daten für andere Zwecke oder eine Weitergabe finden nicht statt.

# DER DUAL-FLUID REAKTOR: FORTSCHRITT UND OFFENHEIT FÜR NEUE TECHNOLOGIEN

Ein Wirtschaftsstandort wie Deutschland ist darauf angewiesen, dass jederzeit genug Energie zu einem bezahlbaren Preis zur Verfügung steht. Die AfD-Fraktion im Bundestag setzt sich daher für eine funktionierende Energieversorgung ein und steht neuen Technologien ausdrücklich positiv gegenüber. Dazu gehört auch der Dual-Fluid-Reaktor, ein Konzept, das – zunächst in Berlin entwickelt – nun von einer deutsch-kanadischen Firma vorangetrieben wird. Die Vorteile sind u.a. eine längere Brenndauer („Verbrennungszyklus von einigen Jahrzehnten“), weniger Spaltprodukte, deren Reststrahlung deutlich früher die natürliche Strahlung von Uran nicht mehr überschreitet, hohe Sicherheitseigenschaften und niedrige Kosten.

Eine Bundesregierung, die von Technologien träumt, die „einen hohen Technikgrad“ erreichen, sollte das Konzept des Dual-Fluid-Reaktors also sorgfältig prüfen oder prüfen lassen. Aber sie tut es nicht. Denn die Ampel träumt zwar von hohem Technikgrad, aber Kernenergie wird gleichzeitig kategorisch ausgeschlossen. Kanzler Scholz bezeichnete sie letztes Jahr gar als „totes Pferd“. Die „Nutzung von neuartigen kern-technischen Reaktoren“ ist einfach nicht vorgesehen. Die Bundesregierung verweigert somit jeglichen technologischen Fortschritt, indem sie an dem Beschluss des Kernausstiegs von SPD und Grünen im Jahr 2002 festhält.

Offensichtlich haben die Parteien, die vor 22 Jahren den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen haben, nichts dazugelernt. Das hat zur Folge, dass eine in Deutschland entwickelte Technologie hierzulande verboten und nur noch im Ausland eingesetzt wird – die Firma Dual Fluid Energy forscht und entwickelt nämlich in Ruanda. Deutschland hängt sich indes



selbst ab: Diese rückwärtsorientierte linksgrüne Verbotspolitik schadet unserer Wirtschaft nachhaltig und wird – nicht erst wenn die Erkenntnis sich durchsetzt, dass volatiler Strom aus Wind und Sonne für einen Industriestandort wie Deutschland einfach nicht ausreicht – schwere Folgen für den Standort haben.

Die AfD-Fraktion hingegen steht für Technologieoffenheit und Fortschritt. Von in Deutschland entwickelten Technologien müsste in erster Linie die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung profitieren. Vor allem in der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise ist das Gebot der Stunde, die sogar von der EU als nachhaltig deklarierte Kernkraft zu nutzen. Der Dual-Fluid-Reaktor hätte damit in Deutschland vielleicht einen technologischen Siegeszug vor sich haben können – Dank Ampel werden wir das aber nie erfahren.



*„Für die Industrienationen der Welt gibt es in absehbarer Zeit keine Alternative zur Atomkraft. Das versteht man überall – nur nicht in Deutschland. Eine Innovation auf diesem Feld aus dem Land getrieben zu haben, wird sich für die Regierung als schwerer Fehler herausstellen – mit Folgen für uns alle.“*

Dr. Malte Kaufmann über den Dual-Fluid-Reaktor



## WIR STEHEN AN DER SEITE UNSERER BAUERN!



Eindrücke von der Bauern-Demo am 15. Januar 2024 in Berlin.

Das ausgehende Jahr 2023 und die ersten Wochen 2024 standen im Zeichen der Proteste von Bauern gegen die Regierung. Auslöser war folgende Entwicklung: Das Bundesverfassungsgericht hatte den Haushalt für rechtswidrig erklärt, was daran lag, dass unser Wirtschaftsminister ein ursprünglich für Corona aufgelegtes „Sondervermögen“, das in Wahrheit natürlich „Sonderschuldenberg“ heißen müsste, einfach für seine ökosozialistische Transformation umwidmen wollte (siehe Artikel auf Seite 10). Infolge der Rechtsprechung durch die Richter in Karlsruhe, die über dieses Vorgehen als rechtswidrig urteilten, war die Regierung nun gezwungen, schlappe 60 Milliarden Euro im Haushalt wieder einzusparen. Von diesen 60 Milliarden sollten 900 Millionen Euro die Landwirten tragen und zwar unter anderem über die zusätzliche steuerliche Belastung ihres Agrardiesels. So fingen die Proteste an – die Bundesregierung ruderte inzwischen teilweise zurück.

Doch die Proteste gehen bis heute weiter – obwohl die großen Medien davon nicht mehr viel berichten – und haben sich sogar auf viele weitere europäische Länder ausgeweitet, weil sich



für die Bauern in den vergangenen Jahren zu viel aufgestaut hatte: Rechtsvorschriften, Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen der EU ergießen sich wie ein nie versiegender Strom über die Landwirte. Am meisten stören die Betroffenen übrigens „fachlich unsinnige Regeln“ und „umfangreiche Dokumentationspflichten“, wie agrarheute.com im Februar berichtete. Ein immer komplizierter werdendes Steuer- und Finanzrecht mit all seinen Tücken kommt dazu.

„Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Landwirten jede Freude an ihrer Arbeit genommen werden soll“, positioniert sich Dr. Malte Kaufmann. „Sie werden genötigt, immer mehr Aufgaben zu übernehmen, die mit ihrem eigentlichen Beruf – der für viele eine Berufung ist – nichts mehr zu tun haben. Das ist nicht länger hinnehmbar. Wir stehen geschlossen an der Seite der Bauern und unterstützen die friedlichen Proteste.“

Bereits 2022 haben Kaufmann und seine Kollegen im Bundestag die Verdopplung der Agrardieselrückvergütung (AGDR) gefordert. Ampel und CDU/CSU-Fraktion stimmten wie üblich bei AfD-Anträgen dagegen und damit leider auch gegen die Landwirte. Kaufmann: „Es ist unsere Pflicht, die heimische Landwirtschaft spürbar zu entlasten, Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren und damit die Existenz von bäuerlichen Familienbetrieben zu schützen.“

Das soll neben der Verdoppelung der Agrardieselvergütung unter anderem geschehen durch:

- einen erheblichen Bürokratieabbau
- Vermeidung von KFZ-Besteuerung ohne Ausgleich für die Landwirte
- die Beendigung der Energiepolitik der Ampelregierung.

Mit dem nötigen Willen könnten diese Punkte zeitnah in Angriff genommen werden. Doch dafür braucht es wohl erst eine AfD-geführte Bundesregierung. „Denn“, so Kaufmann, „die Regierung, die etablierten Parteien und die Medien können mit Protest einfach nicht umgehen. Statt die Politik zu ändern und linksgrüne Irrwege zu verlassen, werden jetzt die Bauern und deren Unterstützer verunglimpft und bekämpft – wie damals die Demonstranten zur Corona-Zeit.“

Zur Idee eines „Bauern-Soli“ des Grünen Landwirtschaftsministers Cem Özdemir sagt Malte Kaufmann: „Gerade die Bauern sind im Moment sehr schlecht auf die Ampel und ihre ideologischen Ideen zu sprechen und werden sich nicht für ein paar ‚Tierwohl-Cents‘ beschwichtigen lassen. Auch die deutschen Verbraucher, die demnach noch mehr Steuern auf die Produkte zahlen sollen, sind wenig begeistert.“



## PRESSESTIMMEN:

„Der Hunger ist hierzulande noch nicht lange besiegt, aber offensichtlich zu lange schon, um vergessen zu sein. Die erfolgreiche Landwirtschaft hat nämlich auch die Grüne Jugend befreit. Früher hätte sie unter sengender Sonne auf dem Acker Unkraut zupfen, Kartoffelkäfer und Mäuse beseitigen müssen, die dem Menschen die Ernte streitig machen. Heute haben sie genug Essen und damit Zeit, können gegen Landwirtschaft pesten und dürfen in warmen Büros Vorschriften in den Computer tippen, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat, dass beispielsweise bei Sonne Sonnenhüte aufzusetzen sind.“

[...]

„Die weltweiten Proteste haben zwar verschiedene Gründe, aber ein wesentliches Ziel eint fast alle Angreifer: Sie haben es häufig auf das Land der Bauern abgesehen. Damit lässt sich viel besser Geld verdienen als mit dem mühsamen Anbau von Mais, Weizen und Roggen – da stören vor allem keine grünen Ideologen.“

Tichys Einblick (TE-Wecker) am 18.02.2024

„Ein zukunftsfähiger Ackerbaubetrieb, der 200 Hektar Fläche bewirtschaftet, verbraucht demnach etwa 115 Liter Diesel pro Hektar. Das wären insgesamt 23.000 Liter im Jahr. Bei der aktuellen Agrardiesel-Entlastung von 21,48 Cent je Liter ergebe sich ein Betrag von knapp 5.000 Euro, die der Betrieb zusätzlich zahlen müsste.“

SWR am 06.02.2024



**„Gerade der enorme Anstieg der Kraftstoffpreise, Bürokratie, Verwendungs-vorgaben von Flächen, Schutzmittelauflagen – all das geißelt die ländliche Branche auf unerträgliche Weise.“ – „Wann dürfen sich die Landwirte endlich wieder auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren?“**

Dr. Malte Kaufmann im Januar und März 24



## HAUSHALTSSPERRE – DER VERFASSUNGSWIDRIGE HAUSHALT DER AMPEL

Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben. Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) sollte aus Krediten gespeist werden, die eigentlich genehmigt worden waren für die Bekämpfung von Corona. Das Bundesverfassungsgericht machte einen Strich durch die Rechnung und plötzlich fehlten 60 Milliarden Euro im Deutschen Bundeshaushalt der Ampel-Regierung.

Einige Regierungsmitglieder hatten sich wohl gedacht, warum sollen wir das Geld nicht einfach umwidmen. Schließlich ist es da, dann geben wir es auch aus – und lästige Diskussionen in der Öffentlichkeit über das Für und Wider weiterer Schulden sparen wir uns damit auch. Nicht nur der Bundeskanzler verwechselt schon einmal Einnahmen mit Ausgaben, dem Wirtschaftsminister scheint es nichts auszumachen, in andere Töpfe zu greifen und Gelder zweckentfremdet einzusetzen. Wen sollte es auch stören, solange es dem großen Ziel der grünen Klimareligion dient. Da sind dann so altertümliche Dinge wie Grundrechenarten und Grundsätze der soliden Buch- und Haushaltsführung nur im Weg. Dass er dies sogar mit Billigung eines FDP-Finanzministers machen kann, ist umso schlimmer.

Milchmädchenrechnungen sind unter Habecks Niveau – seine Ergebnisse allerdings auch. Wenn Habeck nicht Kinderbuchautor, sondern Schüler wäre, spätestens jetzt wäre seine Versetzung gefährdet. Die Note 6 in Mathematik oder vielleicht noch

6+ „mit Rücksicht auf die Eltern“, wie es früher gelegentlich im Schülermund hieß, würde dafür ausreichen.

Dr. Malte Kaufmann sagt dazu: „Es wird Zeit, dass bei den Finanzen wieder genau hingeschaut wird. Wir brauchen einen verfassungsgemäßen Haushalt.“ Kaufmann weiter: „Wir brauchen die Einhaltung der Schuldenbremse. Wie jeder private Haushalt muss auch der Staat sorgsam mit seinen Finanzen wirtschaften – zumal der Staat nicht sein eigenes Geld ausgibt, sondern das der Steuerzahler. Wer Sonderwünsche und Ideologie ohne Sinn und Verstand oder aber mit Vorsatz und Boshaftigkeit umsetzt, wird nicht nur selbst eines Tages scheitern, sondern andere mit in den Abgrund reißen. Auch deshalb wollen wir als Fraktion der Alternative für Deutschland gegensteuern. Wir kämpfen für die Rückkehr zu geordneter Haushaltsführung und für den Stopp der Förderung ideologiegetriebener Projekte und Haushaltsposten.“

Malte Kaufmanns Bundestagskollege, der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Peter Boehringer, bezeichnete die gegen das Grundgesetz verstößenden Haushaltstricks der Bundesregierung als „frechen Vorsatz“. Seine Rede vom 16. November 2023 zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts finden Sie über den nebenstehenden QR-Code.



# BÜROKRATIEABBAU – WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Kaum sind CDU und CSU in der Opposition, stellen sie fest, wie wichtig es ist, Bürokratie abzubauen. Ihr angebliches Ziel lautet: „Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen“. Bemerkenswert.

Noch bemerkenswerter als diese Forderung sind Zeitpunkt und Absender dieses Postulats. Keine zwei Jahre nachdem die Union als Regierungspartei abgewählt wurde (ihre Anträge sind schon ein paar Monate alt), fängt sie an, von der neuen Regierung einzufordern, wozu sie selbst 16 Jahre lang nicht in der Lage war. Und leider ist das Thema Bürokratie auch kein Einzelfall oder Ausrutscher, sondern verdeutlicht den Charakter der Union: 16 Jahre lang nicht liefern und dann mit dem Finger auf andere zeigen. Bei der Frage der Migration verhält es sich genauso, denn die ehemalige CDU-Kanzlerin war es, die mit ihrer 2015 getroffenen Entscheidung, die Grenzen zu öffnen, das Immigrationschaos geschaffen hat. Die Energiepolitik ist ein weiteres Beispiel, denn Frau Merkel selbst entschied scheinbar, dass die deutschen Atomkraftwerke nicht genügend sicher bei Tsunamis wären und verkündete nach dem Seebenben in Fukushima 2011 vollmundig, aus der Kernenergie aussteigen zu müssen. Die endgültige Abschaltung der Kernkraftwerke setzte die Ampel zwölf Jahre später ganz im Sinne Merkels um.

Nun soll also die Bürokratie reduziert werden. Dr. Malte Kauffmann: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Vorgängerregierung hier nichts getan hat und die Ampel alles tut, um zusätzliche bürokratische Hürden aufzurichten. Dazu gehört das absurde Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.“

Was will man von CDU/CSU oder der Ampel also noch erwarten? Wenden wir uns der Sachpolitik zu, denn dafür steht die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Im vergangenen Jahr hatten 57 Verbände Lösungsvorschläge für den Abbau von Bürokratie erarbeitet. 442 Vorschläge kamen dabei heraus. Diese wurden verschiedenen Kategorien zugeordnet. Bei den 80% der Vorschläge aus Kategorie 1–3 war ein „klarer Bezug zu einer bestehenden Regelung (Rechtsnorm) erkennbar“ und eine „Umsetzungszuständigkeit der Bundesregierung gegeben oder zu vermuten“. Für 157 Vor-



*Die deutsche Bürokratie ist für Privatpersonen wie Unternehmen ein Ärgernis.*

schläge (Kategorie 1) war „ein konkreter Lösungsansatz erkennbar“. Das zeigt, mit wie viel Kompetenz und Herzblut die Verbände sich für Bürokratieabbau einsetzen und Lösungen erarbeitet haben.

Die vorgelegten Vorschläge wurden priorisiert nach Quantität und Qualität. Zu den Kriterien gehören die Häufigkeit der Nennung, die Reichweite (also die Frage nach dem Nutzen für einzelne Unternehmen oder für mehrere Wirtschaftsbereiche), der Erfüllungsaufwand und das Entlastungspotential. Die qualitativen Kriterien gehen auf die Aspekte ein, ob die Vorschläge Verwaltungsverfahren beschleunigen, die Vorgaben nachvollziehbarer machen, Regelungen vereinfachen und die Zufriedenheit derer erhöhen können, die damit arbeiten.

Das Material der Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau ist gut aufbereitet. Die Vorschläge der Fachverbände außerhalb der Politik liegen auf dem Tisch. Jetzt gilt der Appell an die Bundesregierung: Nicht reden – machen!



Bei Destatis kann die gesamte Publikation mit allen 442 Vorschlägen inklusive ausführlicher Begründungen eingesehen werden.



## PLENARWOCHE: REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Als Mitglied und Obmann im Wirtschaftsausschuss spricht Dr. Malte Kaufmann im Bundestag vor allem zu wirtschaftspolitischen Themen, Anträgen und Gesetzesentwürfen aller Fraktionen. So auch am 11. April zu dem Antrag der CDU/CSU mit dem vielsagenden Titel: „Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft“ (Drucksache 20/10985). Hier ist seine Rede in Auszügen:

### **Kommt die CDU zur Vernunft?**

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister! Liebe Bürger! Die Kollegen von der Union legen heute einen Antrag zur Wirtschaftspolitik vor, der in die richtige Richtung weist, nämlich weg von immer mehr grüner Gängelung und hin zur Freiheit und zur Eigenverantwortung. Der Irrweg in die grüne Planwirtschaft wurde allerdings nicht erst von der Ampel beschritten, sondern bereits von den unionsgeführten Bundesregierungen in den Jahren zuvor.“

*(Beifall bei der AfD)*

Infofern ist es gut, wenn bei Ihnen nun allmählich die Einsicht einkehrt, dass dieser Weg in die genau falsche Richtung führt. Sie fordern in Ihrem Antrag einige Punkte, beispielsweise eine gewisse Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Richtig so, passt zur modernen Arbeitswelt; da können wir mitgehen. Ebenso auf volle Zustimmung trifft bei uns Ihr Vorschlag, die Stromsteuer auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. [...] Allerdings muss man dann auch so ehrlich sein und sagen, dass die gesamte, noch unter Merkel eingeleitete und völlig verkorkste sogenannte Energiewende nicht funktioniert.“

*(Beifall bei der AfD)*

„Zum Thema Ehrlichkeit gehört natürlich auch und gerade, den Bürgern endlich reinen Wein darüber einzuschenken, dass die gesamte sogenannte sozialökologische Transformation nichts anderes ist als ein linksgrünes Hirngespinst, ein gefährliches noch dazu. Es kostet uns Wohlstand; es kostet uns Freiheit. Dieses Hirngespinst muss endlich überwunden werden. Wir müssen zurück zur bewährten sozialen Marktwirtschaft.“

*(Beifall bei der AfD)*

Erst wenn in Deutschland wieder gesunder Menschenverstand und darauf aufbauend Verlässlichkeit und Planungssicherheit einkehrt, wird unser Land aufatmen. Ihr Antrag weist in die richtige Richtung. Deshalb unterstützen wir diesen.“



Die vollständige Rede vom 11. April 2024 finden Sie hier.

Zum Thema „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ hatte Kaufmann bereits am 18. Januar – also knapp drei Monate davor – im Bundestag gesprochen.

**Rohstoffsicherung, Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die Hypermoral der „grünen“ Altparteien**

Die beiden Anträge der AfD-Bundestagsfraktion am 18. Januar lauteten: „Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen“ sowie „Deutsche Unternehmen entlasten – Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen“. Malte Kaufmann nahm als erstes die Rohstoffversorgung unserer Wirtschaft ins Visier: Die Herstellung eines E-Autos benötige etwa siebenmal so viel mineralische Rohstoffe wie ein Verbrenner, führte er aus. Dieser Bedarf führe zu einem Abbau von Rohstoffen weltweit unter Wildwestbedingungen. Arbeitsrechtliche oder ökologische Standards blieben dabei auf der Strecke und der entstehende Wildwuchs solle mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verfolgt und ausgemerzt werden.



***„Sie erwähnten auch das unsägliche sogenannte Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Sie wollen es überarbeiten oder aussetzen. Wir hingegen fordern die sofortige Abschaffung. Das ist ein unsägliches Gesetz, es erzeugt Bürokratie und lähmt unsere Wirtschaft.“***

Weiter kommentierte er, dass demzufolge Wirtschaftsunternehmen aus Deutschland und Europa weltweit für jegliche Verstöße ihrer Zulieferer und deren Zulieferer haften würden. Beispiele für Verstöße seien der Abbau von Kobalt und Lithium.

Malte Kaufmann zeigte konkrete Alternativen auf:

- „Wir müssen die Möglichkeiten heimischer Rohstoffgewinnung nach Kräften nutzen, natürlich ohne ideologische grüne Scheuklappen.“
- „Wir müssen zusammen mit der Wirtschaft definieren, für welche Rohstoffe und Produkte eine störungsfreie und krisenfeste Belieferung Deutschlands aus dem Ausland erforderlich ist. Für diese Warengruppen muss dann eine Strategie der langfristigen Verfügbarkeit ausgearbeitet werden. Ich frage mich wirklich, warum die Bundesregierung immer noch keine Rohstoffstrategie vorgelegt hat.“
- „Hierzu wird es absehbar erforderlich sein, mit relevanten Rohstoffländern Industriepartnerschaften zu vereinbaren.“
- „Deutschland muss endlich aufhören, fremden Ländern eigene Werte und Moralvorstellungen aufzuzwingen, wie es beispielsweise das Lieferkettengesetz bezweckt, und auch auf EU-Ebene auf einen entsprechenden Gesinnungswandel hinwirken.“



Die Rede zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 18. Januar 2024 ist hier abrufbar.



Vorbereitung auf die Sitzungswoche in einer Fraktionssitzung in Berlin.

In der zweiten Rede des Tages legte Malte Kaufmann nach:

„Was alle Staaten dieser Welt nicht geschafft haben, sollen nun die deutschen Unternehmen hinbekommen, nämlich Menschenrechte nach deutscher Vorstellung, nach Ihrer Vorstellung weltweit zu garantieren. Ein solches Vorhaben ist doch absurd. Dieses Gesetz ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, was mit unserem Land nicht mehr stimmt: Wirtschaftlicher Sachverstand zählt nicht mehr, sondern nur noch grüne Hypermoral.“

Folgen wie die völlige Rechtsunsicherheit der Unternehmen wären der Ampel demnach komplett egal. Niemand könnte so etwas weltweit garantieren, sagte Kaufmann.

Er zeigte sich daher auch erleichtert, nachdem das europäische Lieferkettengesetz im Europäischen Rat Ende Februar erneut keine Mehrheit fand: „Die AfD-Forderung setzt sich durch. Ich bin froh, dass das Gesetz auf EU-Ebene gestoppt wurde. Wir fordern, dass es auch in Deutschland komplett abgeschafft wird.“

Kaufmann weiter: „Mit Ihrer sogenannten Energiewende befördern Sie also einerseits Wildwestabbaumethoden. Weil Ihnen das dann andererseits moralisch irgendwie nicht haltbar erscheint, schneiden Sie die deutsche Wirtschaft mit dem unsäglichen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Zukunft von genau solchen elementar wichtigen Rohstoffen ab.“

Die zweite Rede vom 18. Januar 2024 finden Sie [hier](#).



## Plädoyer für Freiheit und eine starke Wirtschaft

Am 21. März debattierte der Bundestag das Thema: Voraussetzungen und Folgen der sogenannten sozial-ökologischen Transformation. Eingebracht hatten die Große Anfrage dazu Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann und weitere Abgeordnete der AfD (Drucksachen 20/7141, 20/9192 und „Unsere Wirtschaft, unser Mittelstand – Keine kalten Enteignungen im Namen der sogenannten sozial-ökologischen Transformation“, 20/10729).

Einer der Redner für die AfD-Fraktion war Dr. Malte Kaufmann. Hier Auszüge der Rede:

„Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Bürger! Unsere Unternehmen verzweifeln an dem, was die Bundesregierung mit ihrer sogenannten sozial-ökologischen Transformation seit Jahren anrichtet. Grün-rote Ideologen unterscheiden hierbei zwischen guten und bösen Unternehmen. Die wenigen Guten dürfen bleiben, die vielen vermeintlich Bösen werden transformiert, und zwar in der Realität zu einem großen Teil entweder durch Transformation von Deutschland ins Ausland oder durch Transformation ins Aus.“



**„Die grüne Ideologie kostet uns unseren Wohlstand. Deswegen brauchen wir eine wirtschaftspolitische Wende, und zwar sofort. Die AfD steht dazu bereit.“**

Dr. Malte Kaufmann am 21. März 2024 im Deutschen Bundestag

Ein Blick in die Insolvenzstatistik zeigt: ein Anstieg im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat von 26 Prozent. Und immer wenn wir das ansprechen, auch im Wirtschaftsausschuss, wird geflissentlich ignoriert, dass die Insolvenzwelle da ist und so hoch wie viele Jahre nicht mehr.“

„Rot-Grün will einfach nicht verstehen, dass die Wirtschaft Planungssicherheit braucht, günstige Kosten und vor allem Freiheit, um Wohlstand zu erwirtschaften – Wohlstand, der dann auch zum sozialen Frieden und zum sozialen Zusammenhalt unseres Landes beiträgt.“

„Das war das deutsche Erfolgsmodell des Ludwig Erhard und seit Ludwig Erhard. Er war ein Meister der Marktwirtschaft. Robert Habeck, Herr Wirtschaftsminister, Sie sind der ‚König Planwirtschaft‘, so jedenfalls hat Sie die ‚WirtschaftsWoche‘ treffend bezeichnet.“

„Die Ampel verschließt die Augen vor den Folgen ihres Tuns. Diese Folgen werden aber dramatisch sein. Ganz aktueller Artikel in der ‚Welt‘ – ein Interview mit dem Wirtschaftsprofessor Schnabl, in dem er sagt: Diese angestrebte Transformation, über die wir jetzt gerade sprechen, macht ihm – so wörtlich – ‚Angst‘, weil sie die ‚Marktwirtschaft und damit den Wohlstand unterwandert‘. Er sagt klipp und klar: ‚Diese grüne Transformation kann kein Wirtschaftswunder schaffen, sondern ist vielmehr eine wichtige Ursache für den



Fraktionssitzungen, auf denen besprochen wird, was die bevorstehende Plenarwoche bringt, finden im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus statt.

wirtschaftlichen Abstieg, weil sie unsere einst liberale Wirtschaftsordnung aushöhlt.“



Wenn Sie die Rede vom 21. März 2024 nachhören möchten, folgen Sie diesem Link.

## DIE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ZU BESUCH BEI DER ALTERNATIVE

Am 12. März 2024 konnte Dr. Malte Kaufmann eine Besuchergruppe der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg in Berlin begrüßen. Im Zentrum der deutschen Demokratie – im Fraktionssaal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag – stellten die Teilnehmer ihm eine Stunde lang durchweg faire, wenn auch kritische Fragen zu den politischen Ansätzen unserer AfD-Fraktion. Dabei ging es nicht nur um Tages- und Sachpolitik, sondern natürlich auch um Grundsätzliches wie unsere Vision von einer freien und demokratischen deutschen Gesellschaft der Zukunft und um Fragen, die sich um die langfristigen Auswirkungen der aus unserer Sicht falschen Politik der Ampel-Regierung drehten.



Die Besuchergruppe der lpb im „Eckturm“, dem Saal der AfD-Fraktion.



## **GASTBEITRAG VON DR. CHRISTINA BAUM: DAS ZWEITE CORONA-SYMPORIUM**



Dr. Gunter Frank (in der Mitte des Bildes), Heidelberger Arzt und Autor, spricht auf dem Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Nachdem am 4. Juli 2020 – also schon sehr früh in der so-genannten Corona-Krise – das erste Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag stattgefunden hatte, kamen am 11. und 12. November 2023 erneut Fachärzte, Hausärzte, Mikrobiologen und Epidemiologen sowie Experten aus Anwaltschaft und Staatslehre auf Einladung der Mitglieder des Gesundheitsausschusses der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zum zweiten Corona-Symposium nach Berlin. Ebenfalls mit dabei waren Pflegekräfte, Intensivmediziner, Datenanalysten, Polizisten, Soldaten, Finanzexperten, Kriminologen, Medizinhistoriker sowie juristisch verfolgte und impfgeschädigte Bürger und deren Angehörige.

Sie vollzogen im Kleinen eine bisher in der Gesellschaft politisch und medial weitgehend vermiedene Corona-Aufarbeitung. Impulsvorträge und Podiumsdiskussionen dienten dabei der Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten. Fragen von Bürgern und Medienvertretern kamen nicht zu kurz.

Inzwischen werden die Rufe nach vollständiger und transparenter Aufarbeitung dieser Zeit immer lauter. Möglicherweise wird man in ferner Zukunft über das Symposium als eine Art Startschuss für die spätere sachliche Auseinandersetzung in Deutschland sprechen. Die inzwischen freigecklagten Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts offenbaren trotz noch vieler Schwärzungen, dass die Verantwortlichen schon sehr früh Erkenntnisse hatten, die auch Kritiker immer anbrachten, auf politischen Druck hin aber trotzdem anders entschieden wurde. Auch das wird später sicherlich zu einem Meilenstein in der Aufklärung gezählt werden.

Zu Beginn der zweitägigen Veranstaltung wurde an Prof. Dr. Arne Burkhardt erinnert, der viel zu früh auf tragische Weise verstorben war. Burkhardt hatte mit seinem Team beim pathologischen Institut in Reutlingen mithilfe von Obduktionen von Verstorbenen als erster nachgewiesen, dass die Corona-Impfung zu Organschäden bis hin zum Tod führen kann.

Auch Opfer der Maßnahmen und der Impfung wurden selbstverständlich gewürdigt. Es ist unendlich schmerhaft, wenn nahestehende Menschen versterben, deren Tod in einem anderen Kontext vermeidbar gewesen wäre.

Zu den Höhepunkten gehörten die Anwesenheit und der Vortrag des renommierten Mikrobiologen Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, einer der wichtigsten Fachleute, die sich von Beginn an kritisch zu den Maßnahmen geäußert haben.

Als Fazit bleibt, dass der Staat nie wieder so viel Macht über die Menschen gewinnen darf, dass es zu derart drastischen Grundrechtsverletzungen bis hin zur Aufhebung der körperlichen Unversehrtheit kommen kann. Niemals wieder darf der politisch-wissenschaftliche Dialog in der Form zum Erliegen gebracht werden, wie dies in den vergangenen Jahren geschehen ist.

Organisiert wurde das Symposium durch die Mitglieder des Gesundheitsausschusses (Dr. Christina Baum, Kay-Uwe Ziegler, Thomas Dietz, Jörg Schneider und Martin Sichert) sowie deren Mitarbeiter im Arbeitskreis 14 (Gesundheit).



### **Dr. Christina Baum:**

*„Unser gemeinsames Ziel war es, die Fehlentscheidungen und*

*Fehlentwicklungen der vergangenen drei Corona-Jahre zu analysieren, aufzuarbeiten und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.“*

*„Wir waren sehr glücklich, dass so viele anerkannte und honorige Wissenschaftler und Ärzte als Referenten unserer Einladung zum 2. Corona-Symposium in den Deutschen Bundestag gefolgt sind.“*

*„Es war eine der besten wissenschaftlichen Veranstaltungen, die ich je miterlebt habe. Sowohl die Auswahl der*

### **HIER GEHT ES ZU DEN VIDEOS:**

Wenn Sie die beiden Tage mit allen Reden nachhören möchten, folgen Sie diesen Links:



**Tag 1 (11. November 2024):**  
[https://www.youtube.com/watch?v=lxXRDsLUC\\_M](https://www.youtube.com/watch?v=lxXRDsLUC_M)



**Tag 2 (12. November):**  
<https://www.youtube.com/watch?v=XnvtYibTQmk>

Einzelne Redebeiträge finden Sie auch im Youtube-Kanal der Bundestagsfraktion:



[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/about](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/about)

*Referenten mit hoher fachlicher Kompetenz als auch das Raumlassen für Emotionen haben diese 2 Tage für alle Teilnehmer zu einem bis heute unvergesslichen Erlebnis gemacht.“*

*„Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle neben den Referenten noch einmal allen alternativen Medien für ihr Kommen, für die vielen tollen Interviews und ganz grundsätzlich für ihr einzigartiges Engagement bei der schwierigen Suche nach der Wahrheit.“*

*„Nun liegt es an uns, diese, dem Dogma des Zeitgeistes entgegenstehende, Wahrheit weit zu verbreiten, um endlich auch bei der Meinungsbildung wieder die notwendige Freiheit zu erlangen.“*



## DIE LETZTE GENERATION – INNENMINISTERIN FAESER UND DER RECHTSSTAAT



Am 17. September verübten Klimaextremisten der „Letzten Generation“ einen Farbanschlag auf das Herz der Demokratie in Berlin. Sie attackierten das Brandenburger Tor, Wahrzeichen der Stadt Berlin und wichtigstes Symbol der Deutschen Einheit. Der materielle Schaden ist mit 115.000 Euro erheblich. Weit mehr noch wiegt der Angriff auf eines der zentralen Symbole für Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Einheit unseres Landes.

Unmittelbar nach diesem Anschlag fragte Dr. Malte Kaufmann das Bundesinnenministerium: „Welche Strafmaßnahmen sieht nach Kenntnis der Bundesregierung das Land Berlin für den aktuellen Anschlag auf das nationale Symbol der Deutschen Einheit – das Brandenburger Tor – durch die Organisation ‚Letzte Generation‘ vor?“ Malte Kaufmann wollte Aufklärung, doch die Antwort des Ministeriums war mehr als dürfzig.

Kurz zuvor hatte die Innenministerin noch gefordert, die „sinnlose und verwerfliche Aktion“ der Klimaextremisten „strafrechtlich konsequent“ zu ahnden. Die Ahndung an sich schien sie allerdings nicht sonderlich zu interessieren. Laut Antwort aus dem Ministerium gab es „keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung“, die „Zuständigkeit für die Verfolgung von Straftaten“ liege „grundsätzlich bei den Ländern“ und „zu konkreten Verfahren in Zuständigkeit der Länder nimmt die Bundesregierung aus Gründen der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung keine Stellung.“

Das mag rechtlich korrekt sein. Es kann aber auch so interpretiert werden: Für Frau Faeser von der SPD ist es völlig irrelevant, ob Symbole unseres Landes attackiert werden. Jeder normale Mensch würde erwarten, dass die Innenministerin diesen symbolträchtigen Angriff in der Hauptstadt zur Chefsache macht. Und wenn sie aufgrund der föderalen Struktur unseres Landes nicht unmittelbar zuständig ist, so kann doch erwartet werden, dass sie alles tut, um selbst informiert zu sein und diese Informationen entweder weiterzugeben oder auf die entsprechenden Quellen zu verweisen. Die Innenministerin tut dies alles nicht und geht mit der Haltung der bekannten drei Affen aus einem japanischen Sprichwort sogar noch einen Schritt weiter.

Eine zweite Anfrage des Abgeordneten Malte Kaufmann vom 19.09.2023 bezüglich „Vandalismus, Schmierereien und Sachbeschädigung“ durch die sogenannte „Letzte Generation“ wird wie folgt beantwortet: Für 964 Sachbeschädigungsdelikte „wäre pro Sachverhalt ein Zeitaufwand von circa fünf bis zehn Minuten erforderlich, d.h. für die Gesamtauswertung insgesamt etwa 80 Stunden. Eine belastbare händische Sichtung der Sachverhalte im Sinne der Fragestellung ist nicht mit vertretbarem Aufwand möglich.“ Anders ausgedrückt: Wir wollen nicht.

Übrigens: Kleben wollen die „Klimakleber“ seit Anfang des Jahres nicht mehr. Ganz anders als die Innenministerin: Sie klebt auf ihrem Stuhl.

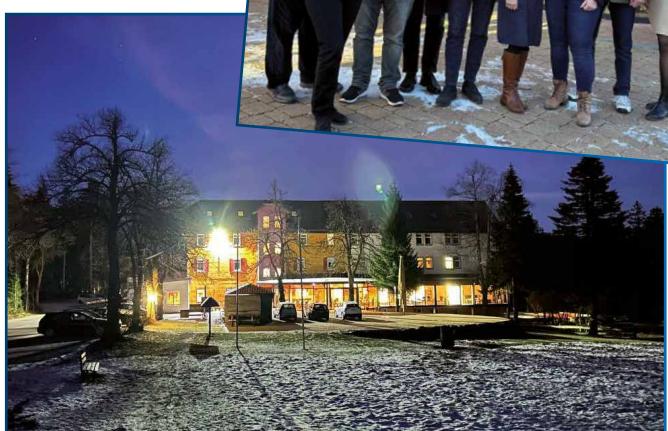
## TEAMGEIST IM SCHWARZWALD



Zum Auftakt des Jahres traf sich das Team von Dr. Malte Kaufmann in der Nähe von Freudenstadt für eine gemeinsame Klausurtagung. In dieser schönen Umgebung besprachen wir unsere Erfolge, analysierten die Zusammenarbeit und planten voller Enthusiasmus die nächsten Schritte, zu denen unter vielen anderen Aufgaben auch die Entwicklung dieses Magazins gehörte.

Das gut geführte Tagungshotel schaffte mit seiner Atmosphäre die gesamten zwei Tage lang den richtigen Rahmen zur persönlichen Begegnung, zum Klären von Fragen und einfach auch zum Durchatmen und Verschnaufen.

Zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit gehören Teambuilding und Austausch. Das ist umso wichtiger, wenn die Mitarbeiter an verschiedenen Orten im Einsatz sind: Ein Teil des Teams ist regelmäßig in Berlin, vor allem in den Plenarwochen. Genauso wichtig ist die Präsenz im Wahlkreis mit den Ansprechpartnern im Wahlkreisbüro mit ihren vielfältigen Aufgaben in der Region, die Dr. Malte Kaufmann in Berlin vertritt. Die inhaltliche und gestalterische Arbeit wird unterstützt von Mitarbeitern, die überwiegend von zu Hause aus tätig sind. Umso schöner ist es, wenn man sich – wie auf dieser Klausur geschehen – persönlich begegnet und zusammen anpackt.





**Dr. Malte Kaufmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages



**HERZLICH WILLKOMMEN IM  
BÜRGERBÜRO IN HEIDELBERG!**

Rudolf-Diesel-Straße 11, 69115 Heidelberg  
Terminvereinbarung über E-Mail oder Telefon:

✉ [malte.kaufmann.wk@bundestag.de](mailto:malte.kaufmann.wk@bundestag.de)  
☎ +49 (30) 227 77505

## Impressum

**WEITBLICK** – Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 16 Quartal 2/2024 | Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Malte Kaufmann MdB • Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag • Landesgruppe Baden-Württemberg • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin | Auflage: 1.500 Stück | Bildnachweise: Seite 1 (Titel): Claudio Schwarz / unsplash; Seite 7: Fre Sonneveld / unsplash; Seite 10: AndreyPopov / iStockPhoto; Seite 11: Wesley Tingey / unsplash; Restliche Bilder: privat

🌐 [malte-kaufmann.de](http://malte-kaufmann.de)

FACEBOOK [kaufmannmalte](https://www.facebook.com/kaufmannmalte)

X [maltekaufmann](https://www.x.com/maltekaufmann)



[malte.kaufmann](https://www.tiktok.com/@malte.kaufmann)